PROTOKOLL DER UNTERREDUNG MIT HERRN DR. KELLER UND HERRN DR. HOFBAUER ÜBER DIE FRAGE DER ERZIEHUNGSHEIME AM 14. JULI 1970 IM SPÖ-KLUB DES PARLAMENTS

Anwesend: Dr. Keller
Dr. Hofbauer
Jakob Mytteis
Norma Mytteis
Christian Pillwein
Michael Genner

Dr. Keller: Ich bin persönlich nur am Rande informiert. Ich werde immer nur darüber informiert, was ich gerade unmittelbar behandle.

Ein Teil der Heime liegt nicht in der Kompetenz des Justizministeriums. Manche sind Erziehungsanstalten der STadt Wien. Wir haben keinen Einfluß darauf, obwohl ein Zusammenhang natürlich dadurch gegeben ist, daß die Einweisung durch einen Richter erfolgt.

Ich persönlich kenne Kaiserebersdorf und Eggenburg, allerdings nur aus der Perspektive des Besuchers. Die Leute, die etwas sagen könnten, sind in solchen Fällen nicht da.

Mytteis: Vor allem haben die Leute Angst vor Repressalien. Die Prügelstrafe ist dort an der Tagesordnung.

Dr. Keller: Glauben Sie, daß es möglich ist, das nachzuweisen?

Mytteis: Wir haben darüber eine ganze Reihe von Berichten von ehemaligen Zöglingen.

Dr. Hofbauer: Ich habe davon auch von Seiten der Bewährungshilfe gehört.

Dr. Keller: In dieser Angelegenheit will auch eine Delegation von der Bewährungshilfe zu uns kommen.

Ich war Richter in Hollabrunn. Dort haben Häftlinge oft berichtet, daß sie geschlagen worden sind. Es war aber nicht möglich, von den Mithäftlingen eine Bestätigung zu bekommen. Die Leute, die die Anzeige gemacht haben, haben dann selbst ein Verfahren wegen falscher Verdächtigung bekommen.

Mytteis: Es ist bekanntlich für die Heime eine Beschwerdekommission, die aber offensichtlich versagt, da ja nichts über die Zustände an die Öffentlichkeit kommt.

Es ist übrigens im Gesetz auch vorgesehen, daß die Zöglinge eine ihren Neigungen und Fähigkeiten entsprechende Ausbildung erhalten. Das geschieht aber überhaupt nicht. Ein Zuckerbäckerlehrling z.B. der im zweiten Lehrjahr nach Eggenburg eingewiesen wurde, mußte ganz von vorne eine neue Lehre anfangen, weil es in Eggenburg keine Ausbildung für Zuckerbäcker gibt. Ein anderer Zögling war vorher Mittelschüler; in Eggenburg hat er sich bescheiden gewünscht, Maurer zu werden, da aber dort kein Platz mehr frei war, mußte er als Gärtnerlehrling beginnen.

Dr. Keller: Das ist ein Problem des Personalmangels. In der Fernsehsendung über Eggenburg wurde auch die mangelnde Ausbildung der Erzieher hingewiesen. Ab jetzt werden hauptsächlich oder sogar ausschließlich Absolventen der Erzieherschule hiefür herangezogen.

Mytteis: Es ist im Gesetz die Möglichkeit vorgesehen, daß die Zöglinge außerhalb des Heimes in die Lehre gehen. Damit würde das Problem des Mangels an Ausbildungsstellen in Heimen wegfallen.

Dr. Hofbauer: Auf diese Weise könnten die geschlossenen Heime durchbrochen werden, wenn die Ausbildung nicht nur im Heim stattfindet.

Dr. Keller: Das ist eine faszinierende Idee, weil das für die Resozialisierung wesentlich wäre. Wenn die Ausbildung außerhalb des Heimes erfolgt, dann fällt die Diskriminierung durch den Vermerk "Berufsschule Eggenburg" oder "Berufsschule Kaiser-Ebersdorf" auf der Lohnsteuerkarte weg.

Dr. Hofbauer: Die Leute von der Bewährungshilfe stehen auch vor dem Problem, für Entlassene Arbeit zu finden.

Mytteis: Man muß prinzipiell zwischen Kriminalität und Jugendkriminalität unterscheiden. Unsere Erfahrung zeigt, daß Jugendliche oft wegen kleinen Blödheiten wie z.B. wegen einem Fahrraddiebstahl in das Räderwerk des Justizapparates kommen. Außerdem geht der Weg von einem normalen Heim in ein Erziehungsheim sehr rasch.

Dr. Keller: Die meisten Kaiser-Ebersdorfer waren vorher in Eggenburg, und vor Eggenburg auf der Hohen Warte im Kinderheim. Ihr Weg endet meistens in Stein. Dieser Weg müßte durchbrochen werden, nur ist das sehr schwer.

Mytteis: Dazu ist eine radikale Änderung notwendig. Im Ausland, z.B. in Frankreich und Skandinavien, gibt es sogenannte OFFENE HEIME, also Heime mit SELBSTVERWALTUNG, und es ist wissenschaftlich erwiesen, daß das die einzige Möglichkeit der Resozialisierung ist. Die Rückfälligkeitsquote in Selbstverwaltungsheimen beträgt 5 bis höchstens 10 %, in geschlossenen Anstalten wie Kaiser-Ebersdorf hingegen 75 %.

Dr. Keller: Die Rückfälligkeitsquote ist deshalb so hoch, weil Kaiser-Ebersdorf die letzte Stufe dieses Weges ist.

Mytteis: Entweder die Persönlichkeit des Zöglings wird in den Heimen gebrochen, oder er lehnt sich auf und landet in immer schärferen Heimen und schließlich in Stein.

Genner: In die Selbstverwaltungsheime werden die gleichen Leute eingewiesen wie bei uns in Kaiser-Ebersdorf. Trotzdem ist die Rückfälligkeitsquote nur 5 %. Nach Kaiser-Ebersdorf kommen die Leute schon dann, wenn sie nur aus Eggenburg geflüchtet sind.

Dr. Keller: Eine Reform ist unumgängloch notwendig. Die Heimerziehung an sich birgt schon gewisse negative Aspekte.

Genner: Nicht unbedingt. Wenn die Leute lernen, in einem demokratischen Kollektiv zusammenzuleben und sich dort selbst zu verwalten, dann ist das sehr positiv.

Dr. Keller: Ist zur Selbstverwaltung nicht ein gewisses Alter notwendig?

Genner: Nein. Die Jugendlichen müssen möglichst früh die Solidarität kennenlernen, die ein echtes Kollektiv ihnen bietet.

Dr. Hofbauer: Eine Schwierigkeit ist, daß das "Niveau" (in Anführungszeichen) dieser Leute nicht sehr hoch ist, und wie man ihnen ein soziales Bewußtsein beibringen kann.

Dr. Keller: Es gibt ja z.B. nicht nur Kriminelle, sondern auch geistig Minderbemittelte in diesen Heimen.

Mytteis: Sie meinen vermutlich die Tests in Kaiser-Ebersdorf; die sind aber in keiner Weise repräsentativ. Ein Jugendlicher, der von einem Psychologen so einen Fragebogen zum Ausfüllen bekommt, schreibt meistens irgendetwas hin, weil ihm der Test ganz egal ist und er in dem Psychologen mit Recht seinen Gegner sieht.

Dr. Keller: Es ist sicher eine Gefahr, wenn man diese Gruppen zusammenwürfelt. Wenn man sie aber trennt, entstehen neue Schwierigkeiten.

Genner: Das "Niveau" der Leute ist nichts Unveränderliches. Ihr soziales Bewußtsein entsteht gerade durch das Leben im Kollektiv.

Dr. Keller: Anstelle von Kaiser-Ebersdorf brauchen wir eine andere Anstalt, die schon rein äußerlich ganz anders sein müßte. Kaiser-Ebersdorf ist eben schon rein äußerlich ein Gefängnis. Es wird jetzt eine neue Anstalt gebaut, aber da hat gleich der Abgeordnete Ofenböck von der ÖVP im Nationalrat eine Anfrage gemacht, wieso man für die Kriminellen ein Schwimmbad baut und für die Nichtkriminellen keines. Sie sehen also, was für Schwierigkeiten wir in der Öffentlichkeit haben.

Mytteis: Gerade in dieser Frage ändert sich die öffentliche Meinung sehr rasch. Wenn man über diese Frage spricht, bringt man die Leute, und nicht nur die unmittelbar Bedrohten, rasch dazu daß sie sagen, daß das abgeschafft gehört. Das haben wir z.B. in der Kampagne Geblergasse gesehen. Wenn man jetzt eine Kampagne macht, könnte man die öffentliche Meinung sehr wohl ändern.

Dr. Keller: Die ÖVP beginnt jetzt einen Gegenangriff gegen das Justizprogramm der sozialistischen Regierung zu starten: sie sagen, daß die SPÖ sich nur für Kriminelle, für die Homosexuellen und die Ehebrecher einsetzt. Allerdings hat der FPÖ-Obmann Peter ein eindeutiges Bekenntnis gegen die Todesstrafe abgelegt. Aber in der Argumentation des Abgeordneten Ofenböck z.B. wird unterschwellig an die Vorurteile der Öffentlichkeit appelliert.

Mytteis: Gerade solche Pläne der Reaktion können uns nur darin bestärken, möglichst rasch eine Kampagne zu beginnen, um die öffentliche Meinung auf unsere Seite zu bringen. Im Herbst werden wir zusammen mit Psychologen, Soziologen, Bewährungshelfern usw. eine solche Kampagne starten, um die Mißstände in den Heimen und die Schwierigkeiten der Leute bei ihrer Entlassung aufzuzeigen.

Kleine Reformen würden schon ein Anfang sein. Man könnte z.B. den Vermerk "Kaiser-Ebersdorf" auf der Lohnsteuerkarte abschaffen. Außerdem wäre es notwendig, die Gründung von neuen Resozialisierungsheimen zu unterstützen. Wir planen im Herbst eine größere Wohnung zu mieten und ein solches Heim zu errichten. Welchen legalen Status dieses Heim haben wird, können wir bei einer neuen Unterredung im September besprechen.

Dr. Keller: Das müßte eine Institution der Bewährungshilfe sein, damit es in die Kompetenz des Justizministeriums fällt. Erziehungsheime und Fürsorgeerziehung sind Ländersache und nicht Bundessache. Kaiser-Ebersdorf und Wiener Neudorf sind in der Kompetenz des Justizministeriums und de facto beinahe Strafanstalten.

Genner: Sie sind noch etwas ganz anderes als Strafanstalten: sie sind KONZENTRATIONSLAGER.

Zur Frage der Öffentlichkeitsarbeit: Bei unserer Tätigkeit unter der Arbeiterjugend haben wir immer wieder festgestellt, daß die Lehrlinge und überhaupt die jungen Arbeiter Angst vor dem Erziehungsheim haben, das ein ständiges Druckmittel gegen alle Jugendlichen ist, die irgendwie gegen Mißstände an ihrem Arbeitsplatz aufmucken. Wenn sie einmal aus 3 oder 4 Firmen rausgeflogen sind und ein paar Wochen keine Arbeit haben, kommen sie nach Eggenburg. Das ist ganz offene Klassenjustiz.

Dr. Keller: Die Einweisung nach Kaiser-Ebersdorf genauso wie in die Arbeitshäuser ist wegen der unbegrenzten Anhaltedauer am gefürchtetsten. Bei Kleinkriminellen mit Strafdauer bis zu 6 Monaten kann es zur Anhaltung im Arbeitshaus bis zu 3 Jahren kommen. Dabei sind Arbeitshäuser natürlich völlig ungeeignet, die Leute zur Arbeit zu erziehen.

Dr. Hofbauer: Wir haben beim Amnestiegesetz versucht, die Möglichkeit zur bedingten Einweisung ins Arbeitshaus zu erreichen. Wir haben uns aber nicht durchgesetzt.

Mytteis: Welche REFORMPLÄNE IM RAHMEN DER STRAFRECHTSREFORM hat das sozialistische Justizministerium bisher für die Heime ausgearbeitet?

Dr. Keller: Dazu kann ich nichts sagen, da ich mich vorher nicht informieren konnte.

Mytteis: In Eggenburg wurden nach dem Mordskandal verschiedene Reformen durchgesetzt. Die Strafgruppe wurde abgeschafft, ein Beatclub wurde außerhalb des Heimes für die Zöglinge eingerichtet. Das zeigt, daß sofort Änderungen durchgesetzt werden können, wenn die Zustände aufgezeigt werden - es ist traurig, daß dazu erst ein Mord geschehen mußte. Jetzt werden diese Reformen aber schon wieder schrittweise rückgängig gemacht, es gibt schon wieder viel weniger Ausgang, die Strafgruppe wird jetzt gerade wieder eingeführt.

Dr. Keller: Für Eggenburg ist aber die Stadträtin Jacobi zuständig.

Mytteis: Wir planen, in Kaiser-Ebersdorf einen Fragebogen zu machen. Dazu ist notwendig, daß das erlaubt wird und daß die Leute offen reden können.

Dr. Keller: Der Weg ist folgender: Sie müssen das Justizministerium anschreiben, entweder den Minister persönlich oder die Sektion 5, damit das genehmigt wird. Die Leute, die den Fragebogen machen, bekommen dann direkt die Verständigung, und es ist dann ihre Aufgabe, das persönliche Vertrauen der Befragten zu gewinnen und ihnen glaubhaft zu machen, daß die Fragebögen nicht in die Hände der Heimleitung gelangen. - Bei diesen Fragebögen besteht natürlich auch die Gefahr, daß Unwahrheiten angegeben werden. Das liegt aber an der Ausführung des Fragebogens, daß das vermieden wird.

Mytteis: Diese Gefahr besteht sicher nicht, denn die Leute können soviele echte Schweinereien berichten, daß sie es wirklich nicht notwendig haben, etwas zu erfinden.

Dr. Keller: Wir sind an sich schon dankbar dafür, wenn sich außenstehende und fortschrittliche Kreise für die Sache interessieren und konstruktive Vorschläge machen. Man muß sagen: 'Das ist der Mißstand, und er ist so zu beheben.' - Die Verwirklichung dieser Vorschläge hängt dann natürlich auch vom Geld ab.

Mytteis: Die Frage der Jugendkriminalität und wie man ihr begegnet ist eine Hauptfrage unserer Gesellschaft. Diese Leute sind ein gefährliches Potential für den Faschismus; es ist also auch eine politische Frage. Deshalb wollen wir diese Frage in Zusammenarbeit mit dem sozialistischen Ministerium und nicht gegen es lösen.

Dr. Keller: Die Schwierigkeit ist auch die, daß der Zögling sein Leben in einer Umgebung verbringt, die von der übrigen Gesellschaft abgeschnitten ist.

Mytteis: Dazu wären eben OFFENE HEIME notwendig, in denen Kriminelle und Nichtkriminelle gemischt leben können.

(Es wird vereinbart, die konkreten Vorbereitungsmaßnahmen für die Gründung eines offenen Resozialisierungsheimes bei einer neuen Zusammenkunft im September zu besprechen).